Globale Internetfreiheit 2025

Freedom on the Net ist eine jährliche Studie zu Menschenrechten im digitalen Raum, die auf der Basis von 21 Indikatoren Zugangshindernisse, Inhaltsbeschränkungen und Verletzungen von Nutzerrechten in einer Skala von 100 Punkten zusammenführt. Der jetzt veröffentlichte 15. Bericht zur weltweiten Internetfreiheit bewertet die Entwicklungen zwischen Juni 2024 und Mai 2025 in 72 Ländern, die 89 Prozent der weltweiten Internetnutzer repräsentieren. Freedom on the Net 2025: An Uncertain Future for the Global Internet (Freiheit im Netz 2025: Eine ungewisse Zukunft für das globale Internet) kommt zu dem Schluss, dass das Internet heute stärker kontrolliert und manipuliert wird als je zuvor. In 27 Ländern haben sich die Bedingungen für Online-Rechte verschlechtert, während sich die Lage nur in 17 Ländern verbessert hat.

Hauptergebnisse

Die weltweite Internetfreiheit hat sich das 15. Jahr in Folge verschlechtert. Kenia (-6), Venezuela (-4) und Georgien (-4) verzeichneten die stärksten Rückgänge auf der 100-Punkte-Skala des Berichts. Bangladesch (+5) erzielte die größte Verbesserung. China und Myanmar, mit jeweils 9 Punkten, blieben die Länder mit der weltweit geringsten Internetfreiheit, während Island (94) seinen Platz als Land mit der größten Online-Freiheit behauptete, gefolgt von Estland (91). Die gesunkenen Punktzahlen führten bei Serbien und Nicaragua zu Statusänderungen: Serbien wurde von „frei“ auf „teilweise frei“ herabgestuft, Nicaragua von „teilweise frei“ auf „nicht frei“.

Die Kontrolle über Online-Informationen ist für autoritäre Machthaber ein unverzichtbares Instrument zur Sicherung ihrer Macht. Die Regierungen der Länder, die in den letzten 15 Jahren die stärksten Einschränkungen der Internetfreiheit hinnehmen mussten - Ägypten, Pakistan, Russland, die Türkei und Venezuela - haben ihre Kontrolle über das Internet als Reaktion auf die Herausforderungen ihrer Herrschaft verstärkt.

Online-Räume werden stärker denn je manipuliert, da die Machthaber versuchen, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen und ihre bevorzugten Narrative zu verbreiten. Von den 21 Indikatoren, die im Rahmen des Projekts Freedom on the Net untersucht werden , hat der zur Manipulation von Online-Informationsquellen durch die Regierung oder andere einflussreiche Akteuren in den letzten 15 Jahren den stärksten globalen Rückgang verzeichnet.

Situation in den Ländern der besten Kategorie

Neben der zunehmenden Repression in autoritären Staaten zeigt der Bericht besorgniserregende Entwicklungen in offeneren Online-Umgebungen der Welt: Die Hälfte der 18 Länder mit dem Status „Frei“ verzeichnete im Untersuchungszeitraum von Juni 2024 bis Mai 2025 einen Rückgang ihrer Punktzahl.

Georgien (-4 Punkte), verzeichnete den stärksten Rückgang unter diesen Ländern, gefolgt von Deutschland (-3) und den Vereinigten Staaten (-3). In Deutschland (Österreich und Schweiz nicht untersucht) sorgten Faktoren wie Strafverfolgung wegen Memes über Politiker, verstärkte Selbstzensur - auch aufgrund von Drohungen rechtsextremer Akteure - und Hackerangriffe mit Verbindungen zum russischen Staat zu einem Rückgang des Internetfreiheitsindex auf 74 Punkte (-3). In den Vereinigten Staaten drohen zunehmende Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums den digitalen Aktivismus zu ersticken, wodurch der US-Index auf 73 Punkte (-3) sank.

Aussichten

Der Bericht stellte außerdem fest, dass Entwicklungen wie der zunehmende Einsatz künstlicher Intelligenz (KI), der Boom satellitengestützter Internetverbindungen und zunehmende Einschränkungen der Online-Anonymität die digitale Landschaft dramatisch verändern könnten. „Wir befinden uns in einer Phase großer Innovationen, und die Schritte, die wir heute unternehmen, werden die Zukunft der Menschenrechte im Internet maßgeblich beeinflussen“, sagte Kian Vesteinsson, Mitautor des Berichts Freedom on the Net und leitender Forschungsanalyst für Technologie und Demokratie bei Freedom House. „Angesichts der rasanten Fortschritte von KI und anderen digitalen Technologien sollten demokratische Gesellschaften daran arbeiten, Schutzmaßnahmen für freie Meinungsäußerung und Privatsphäre so früh wie möglich in die Entwicklung zu integrieren. Solche grundlegenden Schutzmechanismen könnten dazu beitragen, den seit 15 Jahren anhaltenden Rückgang der globalen Internetfreiheit zu stoppen und sogar umzukehren.“

Zukunftssicherung

Der Bericht nennt folgende Maßnahmen, die den Hauptursachen digitaler Repression der letzten 15 Jahre entgegenzuwirken würden: Regierungen, Regulierungsbehörden und weitere Torwächter sollten Einschränkungen der Meinungsfreiheit ebenso wie der Manipulation des Internets entgegenwirken und auf unverhältnismäßige Einschränkungen der Privatsphäre verzichten. Positiv gewendet liest sich das dann folgendermaßen:

(1) Regierungen sollten den Zugang zu Internetdiensten und digitalen Plattformen gewährleisten, da pauschale oder willkürliche Verbote von sozialen Medien und Messengerdiensten die freie Meinungsäußerung unangemessen einschränken. Rechtliche Rahmenbedingungen für Online-Inhalte sollten international anerkannte Menschenrechte schützen und den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit entsprechen.

(2) Regierungen sollten einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz fördern, um einen qualitativ hochwertigen, vielfältigen und vertrauenswürdigen Informationsraum zu schaffen. Unternehmen sollten sich mit öffentlicher Politik, dem Zugang zu verlässlichen Informationen, Vertrauen und Sicherheit sowie Menschenrechten befassen, und konsequent sicherstellen, dass die Kommunikation mit Regierungsvertretern über Online-Inhalte die freie Meinungsäußerung und andere Grundrechte nicht untergräbt. Unabhängige Medien und lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, die glaubwürdige Informationen verbreiten, benötigen dringend Unterstützung.

(3) Regierungen sollten sicherstellen, dass Überwachungsprogramme Menschenrechtsprinzipien beachten und Datenschutzsysteme entwickeln, die die Daten der Bürger umfassend schützen. Gesetze sollten Leitplanken enthalten, die die Nutzung personenbezogener Daten durch private Unternehmen für die KI-Entwicklung und in ihren KI-Systemen einschränken. Unternehmen sollten Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in ihre Produkte integrieren, Anonymisierungssoftware unterstützen und weitere robuste Sicherheitsprotokolle einhalten, unter anderem indem sie Opfer von Überwachungsmissbrauch benachrichtigen und staatlichen Anfragen nach speziellem Entschlüsselungszugriff widerstehen.

Die pdf findet man bei: https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2025/uncertain-future-global-internet.

Dr. Hansjörg Biener